

Verlust des Jahres 1924 angegeben. So weit hat es ein Verlag gebracht, der über sehr bedeutende Geldmittel verfügte, der zum Betriebe ein stattliches Haus angekauft hatte und dessen Angestelltenzahl seinerzeit mit der runden Ziffer von 100 angegeben wurde. Der Abbau des Personals scheint sehr energisch vorgenommen worden zu sein und die Büros sind jetzt so menschenleer, daß eine Übersiedelung in ein kleines Geschäftslokal beabsichtigt sein soll. Jene Lokale, die vor einiger Zeit die Wandlung vom Kaffeehaus zur Wechselstube durchgemacht haben, sind jetzt wieder gemütliche Kaffeehäuser geworden. Ebenso dürfte das weitläufige Nikolagebäude, das seinerzeit ein beliebtes Hotel war, jetzt wiederum demselben Zwecke zugeführt werden. Als freiwillige Rettungsgesellschaft für das in Nöten geratene Nikolaunternehmen stellte sich die bewährte »Zentralgesellschaft für buchgewerbliche und graphische Betriebe N.-G.« ein. Sie ist im Zuge der Transaktion in den Besitz der Aktienmajorität gelangt. Dieser Besitzänderung entsprechend sind die bisherigen Verwaltungsräte zurückgetreten und an deren Stelle jene Herren gewählt, die bereits derzeit in der »Zentralgesellschaft« die maßgebende Tätigkeit entwickeln: Kommerzialrat Wilhelm Fried, Direktor Rudolf Bayer u. a. In der von der Zentralgesellschaft ausgegebenen Zeitungsnotiz heißt es auch, daß eine Reihe von Maßnahmen, welche die zweckentsprechende Umstellung und Ausgestaltung des Unternehmens sicherstellen sollen, beschlossen wurde.

Am 25. Oktober d. J. jährt sich der Geburtstag des berühmten Balzerkönigs Johann Strauß Sohn zum hundertsten Male. Aus diesem Anlaß veranstalten die städtischen Sammlungen in den Räumen des Historischen Museums im Rathaus eine Strauß-Ausstellung, die neben dem reichen eigenen Material der städtischen Sammlungen auch wertvolle Leihgaben von hervorragenden Privat Sammlern enthalten wird. Die Direktion der städtischen Sammlungen im Neuen Rathaus nimmt Anmeldungen von Leihgaben, die für die Ausstellung geeignet sind, entgegen.

Im heurigen Sommer hat der Buch- und Zeitschriftenhandel, namentlich aber der Leihhandel sich auch in die öffentlichen Wiener Gärten Eingang verschafft. Eine Frau lenkt einen kleinen mit Zeitschriften, Romanen, Bilderbüchern und Jugendschriften angefüllten Wagen, auf dessen Firmentafel folgendes Programm verlautbart wird: Dreimal wöchentlich die neuesten Erscheinungen, 70 verschiedene Zeitschriften, Bilder- und Märchenbücher zur Verleihung pro Person und Stunde bei fünfmaligem Tausch 18 Groschen. Unterschrift: Garten-Leihbibliothek: Der Lesefreund. Auf der Rückseite der Tafel ist zu lesen, daß die neuesten Zeitschriften usw. auch verkauft werden. Die neue Einrichtung scheint Erfolg zu haben, man sieht so manche junge Dame eifrig mit dem Studium eines Witzblattes oder eines Modenalbums beschäftigt, und manche Mutter verschafft sich etwas Ruhe, indem sie ihrem lebhaften Buben ein Märchenbuch in die Hand gibt. Freilich, wer musikalische Genüsse vorzieht, gibt noch 2 Groschen drauf und kauft sich für 20 Groschen eine Stunde Radio im Parke. Man sieht ganze Reihen von Radioverehrern mit den Kopfhörern still und stumm dastehen wie die indischen Fakire.

Wien, Mitte September 1925.

Friedrich Schiller.

Tagung des Deutschen Schriftstellerverbandes in Wiesbaden am 13. September.

Der Verband, der im Jahre 1876 gegründet worden ist und einige Jahrzehnte unter dem Vorsitz von Ernst v. Wildenbruch, Albert Traeger, Julius Wolff, Victor Blüthgen u. a. eine führende Rolle im deutschen Schrifttum einnahm, hatte seine Mitglieder zur diesjährigen Tagung nach Wiesbaden eingeladen. Dem Rufe waren Schriftsteller und Presseleute besonders aus Rheinland und Westfalen gefolgt, aber auch Vertreter der etwa 150 Mitglieder zählenden österreichischen Landesgruppe, desgleichen Vertreter der deutschen Schriftsteller aus der Schweiz und Tirol. Unter der neuen Leitung des Dramatikers Wilhelm Wendlandt will der Verband versuchen, die Schriftsteller deutscher Sprache, vor allem natürlich die reichsdeutschen, zusammenzuschließen, da naturgemäß ein Wunsch, der von einem umfassenden Verbands von Vereinen ausgeht, auf größere Beachtung sowohl bei den Regierungen als auch bei den Volksvertretungen und bei

den Verlegern rechnen kann als der Beschluß irgendeines lokalen Vereins. Gerhart Hauptmann und Ludwig Fulda haben dem Verbands zwar die Unterstützung seiner Bestrebungen zugesagt, waren aber am Erscheinen verhindert.

Die Versammlung trat nach längerer Erörterung den Vorschlägen des Vorstandes einstimmig bei. Aus der Besprechung sei hervorgehoben, daß Geh. Reg.-Rat Prof. Dr. Grümacher von Erlangen, zurzeit in Wiesbaden, es als Pflicht der Schriftsteller erklärte, sich vor Einsendung einer Handschrift an einen Zeitungs- oder Buchverlag um die politische oder wissenschaftliche Richtung des Verlags zu unterrichten und später nach Erscheinen eines Buches um dessen Absatz bemüht zu sein und den Verleger zu unterstützen. Dr. Herbert Eulenberg wies auf die geringe Höhe der gegenwärtigen Honorare hin, die im Gegensatz zu den übrigen Vergütungen nicht nur nicht erhöht, sondern herabgesetzt seien.

An diesen Hauptpunkt des Tages schlossen sich Erörterungen über die allgemeine Lage des Schrifttums, insbesondere über seine Beziehungen zum Verlagsbuchhandel an. Über ersteren Punkt sprach der Vorsitzende, und man kam nach langen Verhandlungen zu folgenden Forderungen an die Verleger, an die Gesetzgebung und an die Bibliotheken: Es wird als vaterländische Pflicht unserer Verleger angesehen, einheimische Autoren, wenn sie Gleichwertiges leisten wie die ausländischen, zu bevorzugen, und zwar nicht nur im Buchverlag, sondern auch bei den Zeitungen und vor allem bei den Theatern. In dieser Beziehung wurde darauf hingewiesen, daß Ludwig Fulda in einem Vortrage, den er vor mehreren Monaten in Berlin auf Veranlassung des Schutzverbandes der geistigen Arbeiter gehalten hat, nachgewiesen habe, daß vor dem Kriege 60% aller in Deutschland aufgeführten Bühnenwerke ausländischen Ursprungs gewesen seien, ein Verhältnis, das sich nur wenig gebessert habe, da jetzt noch 50% der Bühnenwerke aus dem Auslande bezogen würden. Ferner wurde verlangt, daß in erster Linie Werke der lebenden Schriftsteller überall Berücksichtigung finden sollen. Der Verbandstag wünscht eine Erhöhung der Honorarsätze der allgemeinen Forderung entsprechend um nahezu 50%. Er bezeichnet es als gerechte Forderung, daß die Vergütung an den Verfasser eines Buches oder Artikels nicht erst nach der Drucklegung, sondern sofort nach der Annahme des Werkes bezahlt würde. Von der Regierung wird gefordert, daß sie die bis vor wenigen Jahren bestandene Verfolgung des unerlaubten Nachdrucks wieder durch die Staatsanwaltschaft übernehme, da die Geringsüchtigkeit des Honorars im Einzelfalle es dem Urheber unmöglich mache, durch Privatklage den Missetäter zu verfolgen und zur Strafe und Zahlung heranzuziehen. Von den Bibliotheken als wichtigen Hilfsorganen zur Hebung der allgemeinen Bildung wird gewünscht, daß ihre Anschaffungen wieder einen größeren Umfang, als es gegenwärtig der Fall ist, annehmen, und daß die Liste der neu angeschafften Bücher durch die Presse der Einwohnerschaft bekanntgegeben wird.

Über die Stellung zwischen Urheber und Verlagsbuchhandel sprach Prof. Dr. Menz-Leipzig. Zur allgemeinen Orientierung verwies er auf zwei Aussprüche, die ein charakteristisches Bild über die Zusammengehörigkeit beider gäben. Es wurde gesagt, Schriftsteller und Buchverleger seien wie zwei Reisende in schwankendem Kahn auf hoher See. Albert Brockhaus hat zu Sven Hedin, als er ihm die Geschäftsräume seines Hauses zeigte und sein großes Personal vorstellte, gesagt: »All diese Männer sind Ihre Mitarbeiter«. Das zeigte dem Verfasser, wieviel Kräfte zur Herstellung des Werkes mitwirken müßten. Der Redner verbreitete sich dann des näheren über Drucklegung, Papierbeschaffung, Ausfuhr usw., Punkte, die zu wiederholen sich für die Leser des Börsenblattes wohl erübrigt, die vor Schriftstellern gründlich darzulegen aber sehr nützlich war, und erklärte, daß der gegenwärtige erhebliche Rückgang des Verlagsbuchhandels teils auf die Verringerung unserer Einwohnerzahl um 5% Millionen, wohl aber noch mehr auf die allgemeine Verarmung Deutschlands zurückzuführen sei. Die Statistik der Betriebsüberschüsse der Buchhandlungs-Gesellschaften, die ihre Geschäftsabschlüsse alljährlich bekanntmachen müßten, habe ergeben, daß die großen Gesellschaften mit 2 Millionen und mehr Betriebskapital in ihrem Reingewinn von 4-12% vor dem Kriege auf 4-10% zurückgegangen seien und die kleineren Gesellschaften auf 2-8%. Er bezeichnete ein dauerndes Einvernehmen zwischen Autor und Verleger als erforderlich für den Absatz und damit günstig für beide Teile. Die Vorauszahlung des Honorars sei nicht tragbar.

Ein anderer wichtiger Punkt war die Stellungnahme zu dem von der Schiller-Stiftung in Weimar bei der Reichsregierung eingereichten Antrage auf Verlängerung der Schutzfrist nach dem